

Haushaltsrede der CDU-Fraktion – Kreisrat Häusler

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

verehrte Bürgerschaft,

wir leben in herausfordernden Zeiten. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Terrorangriff der Hamas auf Israel, der Klimawandel, der Wirtschafts- und Subventionskampf Chinas und der USA gegen Europa, die Angst von Taiwan vor einem Überfall durch die Volksrepublik China, die Angriffe der Huthi-Rebellen auf Handelsschiffe im Roten Meer und zahlreiche weitere geopolitischen Verwerfungen die uns tagtäglich erreichen, machen mehr als deutlich, dass sich das Gerüst unserer Weltordnung in Bewegung befindet. Viele von uns stellen sich die Frage, wohin geht die Reise?

Auch wir im Landkreis Konstanz spüren diese Entwicklungen hautnah. Die täglich steigende Zahl an Flüchtlingen, die zunehmenden Probleme eine gelingende Integration zu organisieren, unsere veränderte Umwelt und der immer rauer werdende Ton auf allen Ebenen unserer Gesellschaft sind auch ein Spiegelbild der sogenannten großen Politik und der damit verbundenen spürbaren politischen Verunsicherung in unserer Mehrheitsgesellschaft.

Eine Entwicklung die uns nicht kalt lassen darf, die wir ernst nehmen und der wir auf allen Ebenen unseres Staates Antworten geben müssen. Aber eines ist klar, populistische Antworten sind keine Lösung. Man kann nur hoffen, dass die Mehrheitsgesellschaft diesen Menschenfängern nicht auf den Leim geht. Jeder von uns hat eine große Verantwortung, wenn er bei den kommenden Wahlen sein Kreuz setzt.

Wollen wir auch in den kommenden Jahren in Frieden, Freiheit und in einer Demokratie leben oder wollen wir wieder in alte totalitäre Zeiten zurückfallen? Diese Entscheidung trifft jeder einzelne von uns mit seinem Kreuz in der Wahlkabine.

Die Finanzierung unseres Staates, auf allen Ebenen wird nicht einfacher und macht auch vor der kommunalen Ebene, dem Landkreis und seinen Kommunen, nicht halt. Trotz hoher Steuereinnahmen und einer noch nie dagewesenen Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden, reichen die Mittel für eine auskömmliche Finanzierung des Landkreises nicht aus. In allen Bereichen des Haushaltes nehmen die Ausgaben zu und können nur durch eine exorbitante Steigerung der Kreisumlage von 21 Mio. EUR auf 187 Mio. EUR (+12%) ausgeglichen werden.

Lag die Steuerkraftsumme im Jahr 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr bei rund 413 Mio. EUR, liegt diese 2024 sage und schreibe bei rund 551 Mio. EUR! Das ist eine satte Steigerung um rund 33%. Im gleichen Zeitraum ist die Kreisumlage von 123 Mio. EUR auf 187 Mio. EUR angestiegen. Das ist ein Plus von 52%. Allein diese Zahl macht das Dilemma der Kreisfinanzierung im Verhältnis seiner Kommunen deutlich. Die Steuerkraft der Kommunen kann mit dem Geldbedarf des Landkreises nicht mehr Schritt halten. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an die Kommunen ebenfalls stetig steigen und nicht kleiner werden.

Die angesetzten Personalkosten sind von 2019 mit 58,5 Mio. EUR auf 77 Mio. EUR gestiegen. Eine Steigerung von 31%. In den Jahren 2022, 2023 und 2024 wurden über 100 neue Stellen in den Stellenplan aufgenommen. Das ist doch ein Wahnsinn!

Im Bereich der Transferaufwendungen im Teilhaushalt 3 Soziales und Gesundheit, stiegen die Aufwendungen von rund 125 Mio. EUR im Jahr 2019 auf nunmehr 217 Mio. EUR. Das ist eine Steigerung von 73,6%. Auch hier stellt sich die Frage, wer soll das in der Zukunft noch bezahlen können?

Auch bei der Verschuldung des Landkreises sind die Steigerungen in den kommenden Jahren enorm. Lag der Schuldenstand 2019 noch bei rund 35,4 Mio EUR, sind für 2024 über 90 Mio. EUR geplant, ein Plus von über 154% bei steigenden Zinsen. Ein Blick in die Mittelfristige Finanzplanung lässt einen schon schaudern, über 160 Mio. EUR Verschuldung und das noch ohne Investitionen in ein neues Zentralklinikum. Das ist ein Wachstum von etwa 352%.

Natürlich kann man sagen, dass wir Geld aufnehmen für langfristige Investitionen in unsere Infrastruktur, die auch von künftigen Generationen genutzt und damit auch anteilmäßig mit abgezahlt werden soll. Auch künftige Generationen werden vom neuen Berufsschulzentrum in Konstanz profitieren. Generationen von Feuerwehrkameradinnen und -kameraden werden in der Atemschutzübungsstrecke auf den Ernstfall vorbereitet. Auch für die anderen Investitionen lässt sich vergleichbares benennen.

Aber können wir uns neben der Tilgung über Jahrzehnte auch die Zinsbelastung dieser enormen Verschuldung in den nächsten Jahren noch leisten?

Die Zinswende ist auch auf kommunaler Ebene zu spüren. Jährliche Zinszahlungen in der Zukunft von 3, 4, 5 Mio. EUR müssen aus dem laufenden Etat erwirtschaftet werden. Gelder, die wir eigentlich nicht mehr haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein wachsendes Problem in unserem laufenden Etat. Die Ausgaben explodieren in allen Bereichen, nur findet diese Explosion bei den Einnahmen in dieser Form nicht statt.

Wir gehen in der mittelfristigen Finanzplanung optimistisch weiter von einem Anstieg der Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden aus. Diese soll bis 2027 auf 583 Mio. EUR ansteigen. Bezogen auf 2024 ein Plus von 6%. Die Kreisumlage steigt dagegen um 17% erneut stärker an als die Steuerkraftsumme. Da kann und darf man sich die Frage stellen, ist das noch realistisch?

Wir haben ein Ausgabenproblem und es führt kein Weg daran vorbei, die Ausgaben bereits im kommenden Jahr zu reduzieren. Nicht alles Wünschenswerte ist auch leistbar, ansonsten fahren wir schneller gegen die Wand als uns lieb ist. Was machen wir, wenn die Konjunktur doch noch stärker ins Stocken gerät und das Steueraufkommen sich verringert? Was machen wir, wenn sich die Zahl der Arbeitslosen wieder erhöht? Unsere Finanzplanung steht auf tönernen Füßen! Wann kommen wir endlich in der politischen Realität an.

Wir haben jetzt noch die Zeit die Finanzen für die kommenden Jahre neu zu ordnen. 2024 muss der Haushalt konsolidiert werden, Kommunalwahl hin, Kommunalwahl her.

Wir müssen in allen Etats konsolidieren und das Wünschenswerte und das Notwendige identifizieren. Das wird schmerzhaft werden, aber lieber jetzt noch selber handeln, bevor wir in einem Boot sitzen, dass wir nicht mehr selber steuern können.

Lassen Sie mich einige Punkte ansprechen, die wir kritisch hinterfragen müssen.

Die Beteiligung der Landkreise am Ausbau der Bodenseegürtelbahn muss sich auf unsere bisherigen Zusagen beschränken. Wir von der CDU-Fraktion werden einer weiteren Zuschusszusage gegenüber dem Land und der Bahn nicht mehr zustimmen. Es kann nicht sein, dass die kommunale Ebene den Ausbau der Bodenseegürtelbahn im geforderten Umfang mitfinanziert. Das ist die Aufgabe von Bund, Land und Bahn. Bei den Kalkulationskünsten der Bahn wird der Ausbau sicherlich weit mehr als 1 Mrd. EUR kosten. Wie wollen wir als Landkreise diese Kostenexplosionen bezahlen? Auch das muss man den Menschen sagen. Wir können das nicht leisten.

Die Flüchtlingskrise beschäftigt uns jeden Tag auf unterschiedlichen Schauplätzen, in den Gemeinschaftsunterkünften, bei der Suche nach Plätzen in der Anschlussunterbringung, die wachsende Zahl an fehlenden KiTa-Plätzen, die Herausforderungen an unseren Schulen - die Ergebnisse der Pisa-Studie lassen grüßen - die mangelnde Integrationsbereitschaft und so weiter und so weiter.

Die damit verbundene wachsende Kostenbelastung für die kommunale Familie, neben all den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, auf Grund der Untätigkeit auf Bundesebene und das verdrängen sowie des nicht akzeptieren der Problemlage in unseren Städten und Gemeinden durch den Bund, muss durch den Verursacher dieser Misere - den Bund - finanziell zu 100% gedeckt werden. Das gilt auch für die Städte und Gemeinden. So bleiben wir zum Beispiel auf den Kosten für KiTa-Erweiterungen sitzen.

Wo bleiben die Anfang November beim Migrationsgipfel versprochenen 7.500 EUR je Flüchtling und Jahr? Ich habe seit der Verkündung davon nichts mehr gehört. Das ist ernüchternd und stümperhaft.

Es hört sich immer so schön an, dass die Kosten für den Landkreis aus dem Flüchtlingszustrom im Rahmen der sogenannten Spitzabrechnung vom Land/Regierungspräsidium abgegolten werden. Man könnte meinen, dass alle Kosten hierfür getragen werden. Weit gefehlt, auch hier bleiben wir auf kommunaler Ebene auf einem Teil der Kosten sitzen. So kann und darf es nicht mehr weitergehen. Uns fehlt schlicht und einfach in der Zukunft das Geld dafür. Aber auch hier muss uns allen klar sein, mit Geld allein lassen sich die Fragen der Flüchtlingswelle in unseren Städten und Gemeinden nicht zuleistern.

Auch beim Berufsschulzentrum Konstanz müssen wir für den zweiten Bauabschnitt schauen, wo wir Gelder einsparen können.

Die CDU-Fraktion steht zum Bau des BSZ. Es war richtig und wichtig, dass wir gemeinsam diesen Schritt gegangen sind. Aber wir müssen auch erkennen, dass sich die Kosten für den Bau deutlich nach oben entwickelt haben und wir jetzt schauen müssen, wo man noch sinnvoll Gelder einsparen kann.

Dasselbe gilt auch für die Atemschutzübungsanlage und alle sonstigen Planungen und Wünsche im Investitionsplan der kommenden Jahre.

Abschließend noch einige Worte zum geplanten neuen Zentralklinikum.

Die Standortentscheidung ist getroffen. Das war wichtig, um sich auf die weitere Ausgestaltung des Projekts konzentrieren zu können. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, ob wir uns derzeit das Projekt in der augenblicklichen Lage überhaupt leisten können. Schaffen wir die Finanzierung von weiteren 200 Mio. EUR oder mehr für den Neubau?

Diese Frage könnte man sicherlich mit Ja beantworten, wenn man uns garantieren könnte, dass sich mit dem Neubau der Verlustausgleich des Landkreises langfristig auf Null reduziert, dann wäre es sicherlich zu schaffen. Aber diese Garantie kann uns keiner geben. Auch das 2014 neu gebaute Schwarzwald-Baar-Klinikum in Villingen-Schwenningen schreibt tief rote Zahlen. Der Neubau allein kann es also nicht sein.

Deshalb können wir auch hier nur appellieren, dass wir die nächsten Schritte mit viel bedacht und Offenheit angehen. Nicht das wir auf einen Zug aufspringen und dann nicht mehr anhalten können. Das darf uns nicht passieren.

Um hier aber jedem aufkommenden Gerücht oder Narrativ eine klare Absage zu erteilen, die CDU-Fraktion steht ohne wenn und aber zum GLKN unter kommunaler Trägerschaft. Deshalb darf man sich aber dennoch die Frage stellen, zu welchem Zeitpunkt man sich einen Neubau unter Abwägung aller Kosten und Nutzen leisten kann.

Wir möchten uns bei Ihnen Herr Landrat, Frau Kruthoff, Herrn Reppel und allen Kolleginnen und Kollegen in den Dezernaten für das gute Miteinander bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2024 bedanken.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2024 zustimmen, verbunden mit der klaren Forderung an die Verwaltung, dass wir die Mittelfristige Finanzplanung in der vorgelegten Form grundsätzlich nicht akzeptieren können und die Verwaltung auffordern im ersten Halbjahr eine überarbeitete Planung für 2025 fort folgende dem Kreistag vorzulegen. Dabei soll sich die Verwaltung an der Forderung von unserer Seite orientieren, dass der Haushalt 2025 sowie die mittelfristige Finanzplanung mit einer Kreisumlage von maximal 195 Mio. EUR je Jahr zu beplanen ist.

Wir wünschen den Bürgerinnen und Bürgern ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2024.



Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2024 am 18.12.2023

Vorgetragen von Christiane Kreitmeier für die Grüne Kreistagsfraktion

Unsere Gesellschaft steht auf allen Ebenen auch in den Kreisen und Gemeinden vor immer größeren Herausforderungen.

Neben dem schon immer Notwendigen müssen auch die Auswirkungen der immer zahlreicheren Polykrisen bewältigt werden, das wird zu einer Daueraufgabe und es müssen dafür Strategien entwickelt werden

Aus Sicht unserer Fraktion wurde von der Verwaltung ein seriöser Haushaltsplanentwurf und eine seriöse Mittelfristige Finanzplanung vorgelegt. Heute liegt nach vielen ernsthaften Diskussionen ein Haushaltsplan 2024 vor, dem wir mit großer Mehrheit zustimmen können. Der Kreis realisiert mit dem geplanten Krankenhausneubau und dem Berufsschulzentrum in Konstanz, Mammutprojekte, deren Finanzierung sich nur über eine Neuverschuldung bewältigen lassen, damit die für uns unabdingbaren, freiwilligen Leistungen auch weiterhin erledigt werden können. Zudem braucht es einen Plan, wie der Schuldenstand Stück für Stück zurückgeführt werden kann.

Investitionen müssen priorisiert werden. Für uns steht die energetische Sanierung und der Substanzerhalt ganz weit oben. Dazu dürfen Investitionen in Bildungseinrichtungen nicht verschoben werden.

Die Erweiterung und Sanierung der Haldenwang Schule wurde auf unserem Antrag hin vorgezogen.

Auf einige für uns wichtige Themen im Haushalts-Jahr 2024 ff. werden wir nun eingehen:

Klima & Biodiversität

Wir freuen uns, dass der Landkreis zunehmend und wahrnehmbar beim Umbau unserer Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien Engagement zeigt und erste Erfolge auch sichtbar werden.

Eine wichtige Grundlage dafür war die von uns, der Grünen Kreistagsfraktion, auf den Weg gebrachte Klimaschutzstrategie. Um deren Umsetzung werden sich auch im nächsten Jahr weiterhin die sehr engagierten MitarbeiterInnen des Amtes für Klimaschutz & Kreisentwicklung kümmern – dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Da kreiseigene Flächen endlich sind, begrüßen wir es sehr, wenn der Landkreis als Ermöglicher die Kommunen und Investoren durch planungsbeschleunigende Verfahren unterstützt beim Ausbau von Freiflächen- und Agri-PV-Anlagen.

Windenergie: Was uns noch fehlt, ist ein stärkerer Fokus auf Windkraftanlagen und dass die möglichen Potenziale auch bewirtschaftet werden.

Wir begrüßen es, dass der Landkreis eine umfassende, detailreiche Biodiversitätsstrategie verabschiedet hat, die auf unseren Antrag auf den Weg gebracht wurde. Es wird jetzt darum

gehen, dass die konkreten Projekte umgesetzt werden und der Geist der Strategie auf andere Sektoren übertragen wird, dann können allein über Synergien schon positive Veränderungen erfolgen. Ganz besonders wichtig dafür ist auch die in der letzten Kreistagssitzung beschlossene und vom Land geförderte halbe Stelle, welche die Umsetzung der Strategie koordinieren und voranbringen soll.

Gesundheitsversorgung

Ebenso wie Artenvielfalt und Klimaschutz hat das Thema Gesundheitsversorgung im letzten Jahr für eine aufregende Diskussion im Landkreis geführt. Sei es wegen der Schließung des Radolfzeller Krankenhauses oder im Zusammenhang mit der Standortauswahl für den Klinikneubau.

Durch die intensive Vorarbeit in der Grundstückskommission konnte letzte Woche die Entscheidung gefällt werden. Auf Grund transparenter, nachvollziehbarer Kriterien wurde der Standort Singen Nord letzte Woche gewählt. Wir folgen damit weiter dem Weg, die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Nichtsdestotrotz ist uns auch sehr bewusst, dass mit dem neuen Krankenhausneubau weitere enorme finanzielle Belastungen auf den Landkreis zukommen. Dreistellige Millionen Beträge müssen investiert werden, die Höhe der Landeszuschüsse sind noch offen.

Deshalb muss aus unserer Sicht der Kreistag gemeinsam mit der Verwaltung schon im nächsten Jahr eine nachhaltige Finanz-Strategie auf den Weg bringen.

Der Klinikneubau, der das größte Bauprojekt in der Geschichte des Landkreises wird, soll nicht nur den steigenden Anforderungen an die Gesundheitsversorgung gerecht werden, sondern auch entscheidend zur Sanierung des jährlichen Defizits des Gesundheitsverbunds Landkreis Konstanz beitragen. Das Gutachten von Lohfert & Lohfert legte nahe, die Architektur und bauliche Struktur des neuen Krankenhauses gezielt in die Planungen einzubeziehen.

Aus Sicht der Grünen Fraktion gibt es einen weiteren Punkt:

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die neuesten Erkenntnisse der Krankenhausarchitektur nutzen, um ein zukunftsweisendes und nachhaltiges Klinikum zu schaffen. Denn zu Heilung und zum Gesundwerden benötigt es mehr als nur ein Medizinkonzept, sondern auch eine gesundheitsfördernde Architektur und gesunde Ernährung.

Ebenso sind für uns wesentliche Themen Energiehaushalt, der Wasserverbrauch, das Abfallmanagement und die Auswahl der Baumaterialien im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Diese nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvollen Schritte bieten hohe Einsparpotenziale. Es gibt bereits bei anderen Projekten bei Krankenhaus-Neubauten, bei denen auf diese Aspekte ein besonderer Augenmerk gelegt wurde.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle beteiligten Gremien umfassend zu diesen zukunftsweisenden Konzepten informiert sind und verantwortungsvolle Entscheidungen zu diesem Projekt treffen können.

Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden

Die Grüne Fraktion sieht den Umgang mit der Zuwanderung im Kreis nicht nur als Herausforderung. Wir sehen in der Zuwanderung eine Chance auch dem Fachkräftemangel

z.B. im Handwerk und Gesundheitswesen zu begegnen. Das erfordert eine Kraftanstrengung von allen Kommunen und Gemeinden, IHK und Handwerkskammern und allen, die zu Lösungen beitragen können.

Im letzten Jahr kamen mehr Geflüchtete in den deutschen Kommunen an als jemals zuvor. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Geflüchtete bei uns im Landkreis Konstanz gut aufgenommen werden konnten. Die kulturelle Vielfalt ist dabei eine besondere Stärke unseres Landkreises! Wir haben uns darum gekümmert, dass eine Hausaufgabenbetreuung eingerichtet und auch fortgeführt wird. Es war uns außerdem ein Anliegen, dass die Kreissporthallen als Notunterkünfte wieder abgebaut wurden. Wir sehen als Gemeinschaftsaufgaben, für Kreis und Gemeinden an, menschenwürdige Unterkünfte bereitzustellen, denn ohne diese wird Integration nicht stattfinden können.

Im nächsten Jahr müssen wir dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Räumlichkeiten weiterhin genutzt werden können.

Es ist eine schwierige Aufgabe für alle Kommunen im Landkreis, die nicht einfach zu bewältigen ist.

Dank den engagierten Ehrenamtlichen in den Kommunen im Landkreis Konstanz und dem Amt für Migration und Integration kann diese Aufgabe auch weiterhin gelingen.

Wir bedanken uns bei den vielen MitarbeiterInnen in diesem Bereich, die sehr engagiert und menschlich empathisch nach Lösungen suchen und noch finden.

Natürlich gibt es viele weitere Punkte, für die wir uns leidenschaftlich einsetzen, wie Radwege und ÖPNV. Besonders freuen wir uns über die übergangsweise Finanzierung von Pflege WG's, über die weitere Finanzierung der Patenschaft für die Sea Eye und die Sozialstrategie, die uns ein wichtiges Instrument für die kommenden Jahre liefert. Wir als Kreis, brauchen zur Erfüllung unserer zahlreichen Aufgaben im sozialen Bereich, die Unterstützung der freien Träger. Diese haben nun mehr Verlässlichkeit in der Finanzierung und können so verlässlich und kontinuierlich die notwendigen Bedarfe unserer Kreisbevölkerung erfüllen.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmte mit großer Mehrheit, bei einer Enthaltung, dem vorgelegten Haushaltsplan für 2024 zu.

Haushaltsrede der FW-Fraktion - Kreisrat Staab
--

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe KollegInnen, geschätzte Bürgerschaft,

heute beschließen wir einen weiteren Haushalt, den letzten diesen Kreistags, den nächsten wird ein neu gewählter Kreistag in neuer Zusammensetzung beschließen müssen.

Was sich seit 2019 für diesen Kreistag als Rahmenbedingungen entwickelt hat, war nicht absehbar und hat sich niemand gewünscht.

Die Corona-Krise, die unsere Gesellschaft durcheinander gewürfelt hat, wie keine andere Krise in unserer neueren Geschichte! Krieg in Europa, vor unserer Haustür, mit einer neuen binneneuropäischen Flüchtlingswelle! Und letztendlich eine Finanzkrise, die die ständige Aufwärtskurve bei den Finanzen beendet.

Herr Landrat Sie haben das Schiff unseres Landkreises gut durch diese Stürme geführt, nun gilt es den Blick wieder strategisch in die Zukunft zu richten.

Die vielzitierte Zeitenwende hat uns erreicht. Auch wenn wir es nicht wahr haben wollen, die Zukunft wird anders aussehen, als die kommunale Vergangenheit. Vogel-Strauss darf keine Strategie sein.

Die Zeitenwende wird eine veränderte Herangehensweise an alle unsere Planungen erfordern. Ein ständiges „Mehr“ und „noch ein Wunschprojekt“ wird es nicht mehr geben können. Der neue Kreistag wird sich mit einer völlig veränderten Realität befassen müssen.

Es werden kluge Entscheidungen notwendig werden, was „notwendig“ und „dringlich“ ist, bzw. was „wünschenswert“ und „schiebbar“, ja vielleicht sogar manchmal „verzichtbar“ ist.

Zum Haushalt 2024 sei ganz kurz zusammengefasst:

- Die Arbeit am Haushalt wird von Jahr zu Jahr besser, wir bekommen weniger Veränderungslisten, die Anregungen aus dem Kreistag fließen gut in die Beratungen ein.
- Wir sind guter Hoffnung, dass die Stabilität der Kreisumlage-Hebesatzes erreicht wurde mit einer seriösen Planung, damit wir nicht unterjährig plötzlich größere Löcher im HH bekommen.
- Die 34%-Punkte sind gerade noch verträglich für die kommunalen Haushalte. Dies hatten Sie als Ziel ausgegeben und erreicht, auch dafür ein Danke!

Dem Haushalt 2024 könnte man insofern zustimmen.

Aber die Zukunft sieht ganz anders aus!

- Wir sind in größter Sorge um die finanzielle Entwicklung. Wir sind der Landkreis mit der derzeit landesweit höchsten Kreisumlage! Und dies bevor wir überhaupt mit der Finanzierung der Jahrhundertprojekte so richtig begonnen haben.

- Wir können uns nicht vorstellen, dass die Entwicklung der Verschuldung von ca. 40 Mio. € auf über 200 Mio. € bis 2032 genehmigungsfähig ist. Deswegen möchten wir dringend nochmals darum bitten die Gespräche bei der Regierungspräsidentin und dem Sozialminister für Januar oder Februar zu terminieren. Und wir meinen nicht die Arbeitsebene, sondern Termine bei der jeweiligen Hausspitze!

Um die Hürde der Finanzierbarkeit für ein neues Kreisklinikum zu nehmen, braucht es Gespräche und zeitnahe und klare Bekenntnisse aus Freiburg und Stuttgart.

- Die immensen Verpflichtungsermächtigungen, die wir mit dem Haushalt 2024 eingehen, binden uns für die Zukunft. Damit sind Ausgaben jetzt schon gebilligt, ohne dass die Finanzierungsfragen dazu geklärt und im Haushalt verankert sind.

- Wir brauchen in der Zukunft ein anderes Verfahren der Haushalts-Aufstellung. Der Haushalt darf keine summarische Aufrechnung aller Wünsche sein, für die das Geld nicht reicht.

Wir brauchen ein Korrektiv, wie auf anderen staatlichen Ebenen auch, dass die verschiedenen Interessen und Sichtweisen ausgleicht.

Klare Prioritätenlisten der Aufgaben und Projekte in den Fachausschüssen und Rahmenbeschlüsse für die finanzielle Ausstattung der Themenfelder müssen sich ergänzen und ein neues Verfahren muss etabliert werden, sonst scheitern wir. Wir alle!

Dies sollte schnellstens in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeitet und vom neuen Kreistag vor den HH-Beratungen beschlossen werden.

Die Freie Wähler Fraktion warnt seit Jahren vor der drohenden Finanzlage, nun ist sie da. Die Kommunen - und das wird nachher der Vorsitzende des Gemeindetages noch ausführen - stehen mit dem Rücken zur Wand und haben in 2024 ein absehbares Loch von bis zu 70 Mio. Euro in den gemeindlichen Haushalten.

Wir wollen nicht durch jährlichen Haushalts-Inkrementalismus in kleinen Schritten in eine unlösbare Finanzsituation kommen. Wir haben über die letzten Jahre immer die Haushalts-Disziplin angemahnt, wir haben einmal auch Zeichen gesetzt und die Finanzplanung und den Stellenplan als wesentliche Bestandteile des Haushalts-Plans abgelehnt, dem Haushalt dann aber insgesamt zugestimmt.

Wir hatten um kostengünstigere Alternativen bei der ASÜ und im BSZ, Stichwort Schweißerwerkstatt, geworben, wir fordern den Abbau von Doppelstrukturen im Sozialhaushalt, leider verpuffte dies alles bisher ungehört.

Deswegen macht es auch keinen Sinn nun als einzelne Fraktion Einsparvorschläge zu machen, die wieder nicht goutiert werden. Wir brauchen einen gemeinsamen Weg des gesamten Kreistags!

Deshalb ist nun für uns ein Punkt erreicht, wo wir dem Haushalt - aufgrund der Daten der Finanzplanung und v.a. der 10-jährigen Investitionsplanung - nicht mehr zustimmen können!

Die immense Besorgnis unsererseits, in eine nicht mehr bewältigbare Finanzsituation ist nun real. Wir möchten uns nicht in 2 oder 3 Jahren nachsagen lassen, „Ihr habt ja immer zugestimmt“!

Deswegen werden wir uns beim Beschluss zum Haushalt enthalten. Nicht weil uns die Projekte nicht wichtig sind. Sondern weil die Finanzierungsfragen der Zukunft nicht geklärt sind.

Und ein Blick zum Haushalt 2025 sei auch noch erlaubt: Ohne einen kommunalverträglichen Finanzierungsplan für eine neue Klinik wird es absehbar keine Zustimmung von uns für einen Haushalt 2025 geben können.

Und „kommunalverträglich“ heißt hier: Ein Finanzierungsplan der sowohl den Kommunen als auch dem Kreis noch Handlungsspielräume für andere Aufgaben außer dem Klinikneubau läßt.

Ansonsten ist unsere Fraktion immer noch bereit, das Land auf die gesetzlich verankerte Finanzierung der Investitionen in Krankenhäuser zu verklagen! (vgl. unseren Antrag vom März 2023)

Und noch einen Schritt weiter gedacht, erwarten wir auch vom Bund, dass er den Krankenhäusern gesetzlich wieder eine solide Finanzierung durch die Kassen zukommen lässt. Denn wir tauschen im derzeitigen Finanzierungssystem mit dem Neubau einer Klinik absehbar die roten Zahlen der Krankenhäuser nur von einen „Betriebsabmangel“ zu einem „Abschreibungsabmangel“. Aber die Kliniken dürfen nicht dauerhaft am Tropf des Kreises hängen.

Dies mögen unsere Kollegen hier im Kreistag und die anderen Abgeordneten aus dem Landkreis, die Verantwortung als Regierung und Opposition in Stuttgart und Berlin tragen, bitte deutlich und hörbar dort auch anbringen.

Es ist Zeit etwas zu ändern. Jetzt!

Man kann in Berlin nicht Zeitenwende propagieren und dann weitermachen wie bisher!

Ansonsten bleibt uns nur Dank zu sagen an die Verwaltung und Sie persönlich Herr Landrat, für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr. Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir viel Gesundheit, frohe Weihnachten und einen guten Start ins Neue Jahr 2024.

Haushaltsrede der SPD-Fraktion - Kreisrat Baumert

Sehr geehrter Herr Landrat,

geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

seit 2015 erwischt uns eine Krise nach der anderen. Flüchtlingskrise, Corona-Krise, Energie-Krise, Krieg in der Ukraine, wieder Flüchtlingskrise und wir diskutieren ohne Ende, wer das ganze schlussendlich bezahlen soll. Nicht nur die derzeitige Situation ist für uns erdrückend und wir stehen finanziell an der Wand. Landkreis und Kommunen befinden sich in den kommenden Jahren finanziell in einer sehr schwierigen Situation. Nicht nur der Landkreis auch die Kommunen haben viele Pflichtaufgaben zu erledigen. Aber gleichzeitig müssen wir gemeinsame Projekte schieben oder sogar streichen. Selbst bei den Pflichtaufgaben werden auf die Kommunen enorme finanzielle Herausforderungen warten. Die Situation darf nicht zu einer Asymmetrie zwischen der Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden einerseits und dem Kreis auf der anderen Seite führen, denn wir sitzen alle im selben Boot und versuchen in die gleiche Richtung zu rudern. Dies hat zur Folge, dass sowohl die Liquiditätssicherung als auch die Umlagen Finanzierung des Kreises bislang nicht dazu führt, aber auch künftig nicht dazu führen darf, dass Städte und Gemeinden in ihren künftigen Aufgabenwahrnehmungen unverhältnismäßig hoch beeinträchtigt werden. Dies wäre alles andere als nachhaltig.

Hier dürfen wir erkennen, dass ihnen Herr Landrat diese Situation sehr wohl bewusst ist. Auf uns als Landkreis warten in den kommenden Jahren Themen und die wichtigen Schwerpunkte, die uns einiges finanziell abfordern werden. Ich spreche hierbei die Herausforderungen des Gesundheitsverbunds(GLKN), des BSZ Konstanz, der ASÜ, des Klimawandels und die Digitalisierung an. Hierzu brauchen wir zusätzliche Finanzressourcen.

Auch die Unterbringung der Flüchtlinge bringt uns an den Rand der finanziellen Belastung. Wir wissen, dass der Kreis und hiermit verbunden der Kreistag als Entscheidungsgremium in diesen Themen zwar Spielräume hat. Die werden aber sehr gering sein. Aus diesem Grunde halten wir es für unverzichtbar, noch stärker als bisher in die Strukturdiskussion der Aufgabenwahrnehmung des Landkreises einzutreten. Die Zuwanderung kann auch eine Chance zur Gewinnung von Arbeitskräften sein.

Für die kommenden Jahre erwarten wir eine noch stärkere Aufgabenpolitik und hoffen auf den versprochenen Bürokratieabbau, der möglicherweise auch mit der Verschlinkung des Verwaltungsapparates einhergehen könnte. Nur wenn wir die Ressourcen für die geänderten Aufgabenprioritäten bereitstellen können, werden wir im Sinne der Strategie nachhaltig wirken und die Öffentlichkeit, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises überzeugen können.

Hier sei genannt das GLKN, für uns eine wichtige und unverzichtbare Gesundheitseinrichtung in öffentlicher Trägerschaft, die uns jedoch die kommenden Jahre sehr viel finanzielle Mittel abverlangen wird und dies nicht nur für einen Neubau, sondern auch zur laufenden Liquiditätsstärkung. Der geplante Klinikneubau mit Kosten – Stand heute – von über 400 Mio. Euro können die Kommunen und der Landkreis nur stemmen, wenn das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung einer Finanzierung von Klinikgebäuden nachkommt. Wir hoffen und wir unterstützen sie Herr Landrat, wenn sie Forderungen gegenüber dem Land aufstellen und dafür eintreten, dass die Kostenträger die nächsten Jahre nachsteuern und dies zum Vorteil auch für die Planung unseres gemeinsamen neuen Klinikums wäre. Wir setzen weiterhin auf die Hoffnung und das Vertrauen in unseren Geschäftsführer, Herrn Sieber und den Aufsichtsrat, damit das GLKN hoffentlich in

einigermaßen finanziell ruhigem Fahrwasser fahren wird und weiterhin die Gesundheitsversorgung eine hohe Qualität für die Menschen im Landkreis bietet.

Eine gute medizinische Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ist uns sehr wichtig, gleich ob das Klinikum auf der Gemarkung Radolfzell oder Singen steht. Dies interessiert die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises vermutlich nur sekundär. Wichtig ist, dass künftig überhaupt eine gute medizinische Versorgung im gesamten Landkreis angeboten werden kann.

Auch der geplante Neubau des BSZ Konstanz bereitet uns Kopfzerbrechen. Wir sind gestartet bei ca. 90 Millionen Euro und befinden uns irgendwo zwischen 130 und 140 Millionen Euro. Wir sehen natürlich den Bedarf einer hochwertigen Schullandschaft, wissen dabei aber nicht, wie sich die Schullandschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnte überhaupt verändern wird. Wir stehen weiterhin zum geplanten Projekt, bitten aber alle am Projekt Beteiligten darum, immer auf Sicht zu fahren und bedarfsgerecht zu bauen, sowie nach Möglichkeiten zu schauen, wie wir dieses wichtige Projekt im Interesse eines zukunftsgerichteten Angebots im Berufsschulbereich finanziell überhaupt stemmen können.

Ebenso wichtig ist die Errichtung der dringend notwendigen Atemschutzübungsanlage. Hier sind ebenfalls höhere Kosten zu erwarten: Es darf aber keinen Stopp des Projekts geben. Die Feuerwehren sind auf diese Atemschutzübungsstrecke für den gesamten Landkreis angewiesen, damit sie zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger eine optimale Ausbildung in diesem Bereich erlangen.

Wir freuen uns, dass der ÖPNV im Landkreis zwar gut angenommen wird, aber hier ist noch erhebliches Entwicklungspotential vorhanden.

Ich darf noch erinnern, an den seit Jahren geforderten besseren Ausbau der Gäubahn, um den Bodensee mit Stuttgart, der Landeshauptstadt, zu verbinden und unsere weitere Forderung – Ausbau der Bodenseegürtelbahn. Aber über die derzeitige finanzielle Beteiligung hinaus können wir uns nicht mit weiteren Haushaltsmitteln engagieren.

Auch in der Frage der Wechselwirkung von Klimaschutz und umweltfreundlicher Mobilität sehen wir einen weiteren Handlungsbedarf.

Der Bereich des Sozialen weist eine sehr ausgeklügelte und differenzierte Struktur auf. Die Angebote sind auf vielen Schultern verteilt. Kooperationen mit den Wohlfahrtsverbänden bilden eine Stärke der Sozialkompetenz in unserem Landkreis.

Wir danken allen, die sich in einem intensiven Austausch mit der gesamten schwierigen Lage im Sozialbereich befinden und lösungsorientiert nach Strukturen der Beratung und Begleitung sowie Unterstützung suchen, die für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen und Hilfebedarf notwendig sind. Aber auch in diesem Bereich ist unsere finanzielle Leistungsgrenze bereits überschritten und wir rufen nach Unterstützung von Seiten des Landes und des Bundes. Die Kinder- und Jugendbetreuung macht den Gemeinden als Schulträger und den Landkreis, der ebenfalls in einer gemeinsamen Verantwortung mit uns steht, unter anderem im Bereich der Schulsozialarbeit in der Verantwortung, den Ausbau weiterhin bedarfsgerecht umzusetzen.

Wir danken dem Landkreis, dass er seine Anteile bei der Unterstützung der Schulsozialarbeit nicht gekürzt hat, da die Konsequenz wäre, dass dies durch die Schulträger aufgefangen werden müsse.

Sorge bereiten die weiter massiv steigenden Kosten für gesetzliche Aufgaben in vielen Bereichen, wo die Menschen mit Hilfebedarf im absoluten Vordergrund stehen. Wir als SPD halten auch in diesem wichtigen Themenfeld an unserer Sozialstrategie fest und wollen alle Chancen nutzen, durch

Prävention, frühzeitige Interventionen, ambulante Versorgungsstrukturen und passende Hilfsangebote die betroffenen Menschen aller Altersgruppen so zu stützen, dass Heimaufnahmen soweit wie möglich verhindert werden können.

Die Digitalisierung steht unseres Erachtens noch am Anfang und wir sollten die Strategie der Weiterentwicklung der einzelnen Produkte richtig beschleunigen. Es ist zwar ein gelungener erster Aufschlag gewesen, dass künftig Kfz-Zulassungen online möglich sind. Dies kann aber nur der Beginn einer intensiven Ausweitung sein.

Positiv bewertet werden von unserer Seite die zahlreichen Aktivitäten der grenzüberschreitenden internationalen Zusammenarbeit mit der Schweiz und auch die Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen. Dies bedeutet, die fortwährende, fachliche Abstimmung, die Mitarbeit in Gremien und die Pflege der persönlichen Beziehungen zu den Akteuren auf den verschiedenen Ebenen. Dies erfordert auch zukünftig Ressourcen und eine Fortschreibung gemeinsamer Themenstellungen.

Trotz der vielen Unwägbarkeiten und den unsicheren Blick in die Zukunft gestalteten sich die Haushaltsberatungen im Vorfeld mit der Verwaltung und dem Landrat aus unserer Sicht weniger schwierig als in den zurückliegenden Jahren. Die nicht von uns verschuldeten Rahmenbedingungen zwingen uns zu einem neuen und kritischen Blick auf die künftige Finanzplanung. Die Überprüfung von Standards darf kein Tabuthema sein. Unterjährige Neuansträge sind nur mit entsprechenden Deckungsvorschlägen einzubringen. Wie gesagt, wir alle sitzen in einem Boot und rudern hoffentlich die kommenden Jahre in dieselbe Richtung.

Die kommenden Jahre werden eine noch größere finanzielle und gesellschaftliche Herausforderung für unseren Landkreis und der darin lebenden Bürgerinnen und Bürger. Deswegen fordern wir hier und heute vom Land genügend finanzielle Mittel, um uns bei den vielen Aufgaben zu unterstützen. Immerhin liegen beim Land Rücklagen von rund 10 Milliarden Euro, Ausgabereste von 9,8 Milliarden Euro und nicht in Anspruch genommene Kredite in Höhe von 24 Milliarden Euro (Quelle: Andreas Stoch, SPD).

Sehr geehrter Herr Landrat, werte Dezernenten, zum Haushalt lässt sich trotz aller zum Teil nicht beeinflussbaren Widrigkeiten ein überwiegend positives Kostenmanagement der Verwaltung feststellen. Wir fühlten uns im Verlauf der enger werdenden Finanzsituation vor allen Dingen von Frau Kruthoff mit ihrem Team gut informiert und konnten eine vorwiegend umsichtige Planung ausmachen.

Der Schock mit einer Kreisumlage von 36,3 steckt allen Kommunen noch in den Knochen und hätte dazu geführt, dass massive finanzielle Löcher in die kommunalen Haushalte entstanden wären. Durch die umsichtige und sorgfältige Planung sind wir mit einem blauen Auge mit 34,0 Prozentpunkten Kreisumlage weggekommen.

Jedoch sorgt die Prognose der Kreisumlage in der Finanzplanung für die kommenden Jahre für tiefe Sorgenfalten auf unserer Stirn, welche selbst durch die prognostizierten Ergebnisse von 2024 nicht weniger werden. Dieser Finanzplanung für sich gesehen könnten wir nicht zustimmen. Da sie jedoch Teil des Haushalts 2024 ist, den wir heute aber mittragen wollen, beantragen wir zumindest einen entsprechenden Vermerk in die heutige Niederschrift aufzunehmen, dass in Kürze weitere intensive Besprechungen stattfinden müssen, um auch über die künftigen Standards zu diskutieren.

Für uns als SPD steht jedoch eines fest, bereits genannte Zukunftsprojekte sowie das nachhaltige Wirtschaften und eine solidarische Sozialpolitik, die niemanden zurücklässt, bleiben für uns prioritär.

Wir bedanken uns bei allen Stellen im Landratsamt für die gute Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen, den sonstigen Beratungen in den verschiedenen Gremien und stimmen somit der vorliegenden Fassung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2024 zu.

Ich wünsche allen eine schöne Weihnachtszeit und viel Gesundheit

Haushaltsrede der FDP-Fraktion - Kreisrat Dr. Geiger

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Blick in den Haushalt spiegelt die Realität, genauer gesagt die Realität die wir 2024 erwarten, wieder. Die globalen Krisen wirken sich auch auf die wirtschaftliche Situation in Deutschland und in unserem Landkreis aus. Das Ifo Institut hat letzte Woche seine Vorhersage für das deutsche Wirtschaftswachstum 2024 gekappt, von 1,4 auf 0,9 Prozent. Für 2025 erwartet es eine leichte Beschleunigung auf 1,2 Prozent. Das GfK-Konsumklima verharrt seit Monaten zwar auf einem verbesserten, aber immer noch tiefen Niveau. Positiv stimmt, dass die Inflationsrate im kommenden Jahr auf 2,6 Prozent und 2025 auf 1,9 Prozent absinken soll. Und die Energiepreise sind zum Teil deutlich gesunken. Da die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Krise auf der Einnahmenseite erst mit zweijährigem Versatz beim Landkreis ankommen, wird die Erstellung der Haushalte 2025 und 2026 sich daher wesentlich schwieriger und herausfordernder gestalten als der heute zu verabschiedende Kreishaushalt 2024. Die Realität 2025 und 2026 wird eine andere sein.

Neue Schulden lassen sich vor der nächsten Generation nur dann rechtfertigen, wenn es um Investitionen geht, die auch der nächsten Generation dauerhaft zu Gute kommen.

Bei den Ausgaben steht der Landkreis ebenfalls vor großen Herausforderungen. Die Flüchtlingssituation und Standarderhöhungen im Sozialbereich (BTHG, Wohngeldreform) führen zu erheblichen Ausgabesteigerungen. Daneben gibt es große Unsicherheiten in Konnexitätsfragen und der Refinanzierung in den Ebenen Bund-Länder-Kommunen. Die kommenden Kreishaushalte sind deshalb mit erheblichen Risiken belastet, auf die der Landkreis und die Gemeinden keinen Einfluss haben.

Die kommenden schwierigen Jahre müssen wir gemeinsam mit den Gemeinden und Städten aushalten können. Aber man würde diese schwierige Zeit besser aushalten, wenn wir im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik Reserven aufgebaut hätten. Und dies wäre möglich gewesen in den Jahren mit einem Wirtschaftswachstum von 1,2 bis 4,5 Prozent. Die FDP-Fraktion hatte in den zurückliegenden Haushaltsplanberatungen bis zum Haushalt 2021 immer das Ziel einer Nettoneuverschuldung von Null und das Abbauen des Schuldenstandes unter 30 Mio. Euro angestrebt. Diese nachhaltige Finanzpolitik wäre möglich gewesen mit einer stets etwas höheren Kreisumlage von einem Prozentpunkt, was den Städten und Gemeinden nicht allzu weh getan hätte. In der jetzigen Situation hätten die eingesparten Millionen dem Landkreis einen höheren Handlungsspielraum verschafft. Nun, dem Kreistag war ein Hebesatz um die 30 Punkte, besser noch darunter, wichtiger.

Mit Blick auf die sich abzeichnende hohe Verschuldung des Landkreises in den Jahren 2025 ff. vertritt die FDP-Fraktion die Meinung, dass für den Fall einer Verbesserung der liquiden Lage des Kreishaushalts in 2024, diese Verbesserung nicht wie bisher üblich in den Folgejahren zur Begrenzung des Kreisumlage-Hebesatzes verwendet wird, sondern um die erforderlichen Kreditaufnahmen aus den Kreditemächtigungen 2023 und 2024 entsprechend zu reduzieren. Dies erheben wir zum Antrag.

Die Kreispolitik muss Kurs halten. Wir dürfen das Wichtige nicht aus dem Blick verlieren. Es geht um die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme, den Erhalt und die Entwicklung von öffentlichen Infrastrukturen, die Existenz unserer Betriebe und den Erhalt von Arbeit und Beschäftigung.

Die FDP-Fraktion sieht ihre Handlungsschwerpunkte in

- Investitionen und Sanierungen
- Stabile Kreisumlage, Hebesatz bei 34 bis 35 Punkten
- Wirtschaftlich und klimagerecht agieren

GLKN

Wir sind dabei die uns im Struktur- und Wirtschaftlichkeitsgutachten von Lofert & Lofert gestellten Hausaufgaben zu machen. Sowohl bei der Standortstrategie - Ein- oder Zweihaus – wie auch beim Medizinischen Konzept befinden wir uns längst in der Umsetzungsphase. Und dies bedarf von allen Beteiligten eine Verlässlichkeit. Die umfangreichen Investitionen in die beiden Klinikstandorte Konstanz und Singen werden ein großer Standortvorteil für den Landkreis sein. Selbstverständlich muss bei einer Langfriststrategie von zehn Jahren nachjustiert werden. Der Landkreis Konstanz ist eine Zuzugsregion, das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung nimmt zu und die Geburtenzahlen sind wieder steigend. In unsicheren Zeiten oder in Zeiten der Verunsicherung ist ein leistungsfähiger GLKN mit zwei Standorten ein gutes Fundament der Gesundheitsversorgung. Wir, die FDP-Fraktion, fordert alle Verantwortlichen auf gemeinsam und weiterhin zielorientiert zum Wohl der Patienten und der Beschäftigten an der Umsetzung des Klinikkonzeptes mit zwei Standorten zu arbeiten und nach der vor einer Woche getroffenen Standortentscheidung die nächsten Schritte zügig einzuleiten. Diese müssen in eine klare Struktur gegossen werden, um möglichst bald mehr Kostensicherheit zu bekommen, auch für die Haushaltsplanung.

Und an dieser Stelle ein Wort zu der jedes Jahr zitierten Rankingliste mit den Kreisumlagehebesätzen. Ja, mit 34,0 Prozent erheben wir 2023 den höchsten Kreisumlagehebesatz in Baden-Württemberg. Noch, denn wenn man sich aktuell in den Landkreisen die Haushaltsplanberatungen und die bereits beschlossenen Haushalte 2024 anschaut, dann erkennt man eine Welle von Hebesatzsteigerungen von bis zu 3,4 Prozentpunkten. Heute beschließen die Kreistage in Emmendingen und Rottweil eine Erhöhung der Kreisumlage um jeweils 2,5 Prozentpunkte. Der Kreistag Lörrach hat bereits eine Erhöhung des Hebesatzes um 3,4 Prozentpunkten auf 36,0 Prozent beschlossen. Und Lörrach plant wie wir ein neues Zentralklinikum. Ich sage das nur um die Verhältnisse etwas zurecht zu rücken. Wir sind beim Hebesatz kein negativer Ausnahmewahlkreis, wir werden 2024 nicht nur eingeholt, wir werden überholt beim Ranking um die rote Laterne.

Berufsschulzentrum Konstanz

Der Bauausschuss ist sich seiner finanziellen Verantwortung sehr wohl bewusst. Wir setzen auf Qualität. Und Qualität heißt heute auch Nachhaltigkeit. Wir realisieren ein Bauwerk mit der derzeit höchstmöglichen Nachhaltigkeit und Kreislauffähigkeit der Materialien. Und es ist richtig und wichtig dass wir die Bauphase Süd mit prognostizierten 77 Mio. Euro voll durchziehen. Auch unter der Tatsache, dass die Baukosten nicht gehalten werden können. Auch unser Projekt verspürt wie alle Großprojekte bei den Ausschreibungen den Fachkräftemangel, hohe Zinsen, zum Teil extrem gestiegene Energie- und Materialpreise und die strengen Sicherheits- und Energienormen. Die Hoffnung, dass sich aufgrund rückläufiger Investitionen im Wohnungsbau bei den Ausschreibungen bessere Ergebnisse erzielen lassen, hat sich zerschlagen. Selbst wenn die Baukonjunktur wieder ins Rollen kommt werden die Kosten kaum günstiger. Es wird weniger Betriebe geben und der Investitionsstau wird erheblich sein. Wir liegen jetzt mit 14,4 Mio. Euro über den freigegebenen

Projektkosten und müssen bei der Bauphase Süd mit über 90 Mio. Euro rechnen. Die Bauphase Nord muss aufgrund der genannten äußeren Rahmenbedingungen neu gerechnet werden. Der neue Kreistag muss sich mit Beginn seiner Periode bewusst sein, dass die Bauphase Nord nahtlos folgen muss. Das Gebäude der Wessenbergsschule ist kaum mehr haltbar bis zum Ende dieses Jahrzehnts und das BSZ wie auch die Stadt Konstanz benötigen die neue Sporthalle dringend.

Bodenseegürtelbahn

Wir haben uns an den Planungsstufen 1 und 2 der Bodenseegürtelbahn bisher mit rd. 3,5 Mio. Euro beteiligt. Der Termin des Lenkungskreises über die Verständigung der Planungsstufen 3 und 4 wurde vom Verkehrsministerium abgesagt. Bei all den Leistungen über unsere Pflichtaufgaben hinweg sehen wir den Landkreis nicht in der Lage, den bisher vorgesehenen Kostenanteil in beträchtlicher zweistelliger Millionenhöhe zu erbringen. Es besteht die Gefahr, dass der Ausbau und die Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn auf einem Abstellgleis endet. Dies wäre für die Entwicklung der gesamten Bodenseeregion wiederum schlimm. In Anbetracht der stetig wachsenden Projektkosten schlagen wir vor, sich mit dem Bodenseekreis auf einen gemeinsamen, für beide Landkreise noch tragbaren kommunalen, **gedeckelten Zuschussanteil zu verständigen**. Ein derartiges Angebot könnte die im neuen Jahr anstehende Sitzung des Lenkungskreises wieder unter Strom setzen und gleichzeitig verhindern, dass im Falle eines Scheiterns Verkehrsminister Hermann den beiden Landkreisen die Schuld zuweist.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Verwaltung ihre Aufgaben für den Kreishaushalt 2024 gemacht hat. Selten verliefen die Vorberatungen in den Ausschüssen so unaufgeregt und zielorientiert wie in diesem Jahr. Die Bemühungen sich auf das Wesentliche zu konzentrieren waren klar erkennbar. Damit wurde auch ein Zeichen der Solidarität mit der kommunalen Familie gesetzt.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Landrat, bei den Dezernenten sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihren Einsatz und gute Zusammenarbeit. Unser Dank gilt in diesen herausfordernden Zeiten und den hohen Anforderungen auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für ihr großes Engagement.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2024 zu!

Persönliche Anmerkung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an Euch möchte ich meinen ganz persönlichen Dank richten. Nach 13 Jahren Fraktionsvorsitz war dies heute meine letzte Haushaltsrede. Wenn man sich zuvor schon eine Stunde lang vier Haushaltsreden angehört hat und zollt dann der fünften Rede noch ein Stück Aufmerksamkeit, was nicht unbedingt zu erwarten ist, dann verdient das meinen Respekt und meinen Dank. Ich weiss dies über die Jahre hinweg sehr zu schätzen. Wie immer werden die Haushaltsreden dem Protokoll beigelegt sein. Und wie immer werden sich in meinem Redetext wenige Anglizismen und keine Gendersternchen, Doppelpunkte und Unterstriche finden. Und ich hoffe, dass der Landkreis sich auch zukünftig in den Texten an den geltenden Sprachnormen orientiert und mit dem Kulturgut Sprache regelkonform, verantwortungsbewusst und ideologiefrei umgeht!

Vielen Dank!

Dr. Georg Geiger

Haushaltsrede der Fraktion DIE LINKE - Kreisrätin Dr. Röth

Sehr geehrter Herr Landrat,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe alle,

Ja, was soll man dazu sagen.... In meiner ersten Haushaltsrede von 2019 hatte ich meine Irritation geäußert, dass in der Haushaltssitzung nicht um Projekte gestritten, sondern um Prozentzahlen gefeilscht wurde. Jetzt schauen Sie sich die Sitzung von heute an: Noch nicht einmal das findet noch statt. Dass heißt allerdings nicht, dass vorweihnachtliche Harmonie und Eintracht herrscht. Nur sind anscheinend alle etwas ratlos, wie mit dem Haushaltsplan umzugehen ist. Denn das dringendste Problem wurde bereits im Vorfeld geräuschlos abgeräumt: Die Kreisumlage, die beim ersten Entwurf noch bei 36,3 % lag, ist inzwischen auf hinnehmbare 34 % gesunken. Die Schuldenaufnahme bleibt dennoch exorbitant – und die eigentliche Katastrophe kommt in den folgenden Jahren, in denen sich der Schuldenstand mehr als verdoppeln wird und die Kreisumlage in Höhen steigt, die für die Kommunen nicht tragbar sein dürften.

Natürlich bereitet das allen hier im Raum Sorgen – was also tun? Reicht das, den Entwurf anzulehnen? Und wenn ja, was dann? Dadurch haben wir auch nicht mehr Geld und die Baupreise werden wohl kaum aus Mitleid mit uns fallen. Und was bringt vor diesem Hintergrund eine Enthaltung? Solange es keine substanziellen Gegenvorschläge gibt, ist sie ja doch nur eine symbolische Geste. Bleibt also letztlich nur das *Prinzip Hoffnung*, dass alles nicht so schlimm kommen wird, wie es jetzt aussieht?

Darauf zu setzen, ist ein Problem für eine Politik, die für sich in Anspruch nehmen will, verantwortungsvoll und vorausschauend zu handeln. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht sehenden Auges in eine Situation laufen, aus der wir nicht mehr rauskommen. Denn die Zeit der Null-Zinsen ist bekanntlich vorbei. Ich möchte nicht, dass die nachfolgenden Generationen auf uns zurückblicken und sich fragen, wie man all das hat verschlafen können, obwohl die Zahlen doch schon auf dem Tisch lagen. Kurz: Sich Sorgen machen, reicht nicht. Wir machen uns ja schließlich auch über die Klimaerwärmung Sorgen, über den anwachsenden Rechtspopulismus und über den bröckelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur hilft das eben nichts, wenn man nicht auch den Problemen angemessene Maßnahmen trifft, um sie zu beheben.

Und Haushaltspolitik findet eben nicht nur in der einen Sitzung vor Weihnachten statt, in der wir dann alle versuchen, mehr oder weniger bedeutsame Reden zu halten. Sie findet im laufenden Prozess statt: Bei den vielen über das Jahr verteilten Einzelanträgen kommen die Summen zusammen, denen wir jetzt am Ende gegenüberstehen.

Tatsächlich haben wir in den letzten Jahren einiges *versucht*, um den Haushalt handhabbarer und unsere Politik steuerbarer zu machen: Wir haben eine Haushaltsstrukturkommission eingesetzt, eine Strategietabelle entwickelt und bekommen bei jeder Sitzung eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen unserer Beschlüsse. An unseren Debatten in den Sitzungen geändert, hat sich dadurch nichts! Ich habe *nicht einmal* erlebt, dass sich ein Mitglied dieses Gremiums in seiner Argumentation für oder wider einen Antrag darauf bezogen hätte.

Ich habe schon Ende des letzten Jahres darum gebeten, die Strukturkommission noch einmal zusammenzurufen, um zu diskutieren, wie nachhaltig ihre Arbeit war und wie sich diese Nachhaltigkeit gegebenenfalls verbessern ließe. Ich warte weiterhin gespannt, ob das passiert... Denn es hilft nichts, strukturiertes Vorgehen nur zu simulieren. Man muss es schon auch mit Leben füllen: Eine Strategie, die nur auf dem Papier steht, aber nicht in den praktischen

Auseinandersetzungen wirksam wird, hilft nichts. Eine Steuerung, die nicht steuert, funktioniert nicht.

Ich bitte also nochmal darum: Lassen sie uns Wege finden, um unser tägliches politisches Handeln und den Haushaltsbeschluss am Jahresende besser aufeinander zu beziehen. Nur so können wir erreichen, dass es in den Haushaltsberatungen nicht mehr nur um Sachzwänge und die Verwaltung des Mangels geht, sondern dass deutlich wird, dass dahinter auch ein Streit um die besten politischen Lösungen steht. Wir müssen das Prozedere weiter verbessern und damit auch für unserer Einwohner*innen besser vermittelbar machen. Sonst bleibt es dabei, dass in den einzelnen Sitzungen die kleine Summen durchgewunken werden, weil sich das darüber Streiten nicht lohnt, Und dann am Ende keine Geld mehr da ist, für noch so sinnvollem Maßnahmen, weil plötzlich allen Bewusst wird, das wir haushalten müssen.

So ging es unserem Antrag für das kreisweite Sozialticket, der genau in dem Moment verhandelt wurde, als der erste Entwurf des Haushalts mit damals noch 36,3 % Kreisumlage vorlag. In einer solchen Situation geht es dann auch nicht um die wohlklingende Worte der Strategietabelle, wie ein „zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot [...], das sichere und sozialgerechte Mobilität für alle ermöglicht“, oder den „Wert der Prävention“ und die „soziale Teilhabe in allen Lebenslagen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: es gibt Ausgaben, die mehr sind als eine Einzelmaßnahme, die Einfluss auf den Erfolg von vielem haben, was wir hier tun: das beste Beratungsangebot nützt nichts, wenn Menschen es nicht erreichen können. Die besten Formate zur politischen Beteiligung werden sinnlos, wenn das Zugticket um daran teilzunehmen, zu teuer ist. Das Sozialticket wäre nicht nur Teilhabe, sondern auch Prävention in Reinform gewesen, denn die Folge fehlender Mobilität ist oft auch soziale Isolation und psychische Belastung. Einer vorausschauenden – und sozial verantwortlichen – Politik sollte es nicht passieren, derartiges auszulassen, nur weil man kurz vor der Angst einen weiteren Anstieg der Kreisumlage um 0,1%-Punkt fürchtet, während vier Wochen später alles schon wieder ganz anders aussieht.

Damit komme ich zu einem zweiten Punkt: Das *Prinzip Hoffnung* ist nicht einfach nur blauäugige Naivität, sondern auch Erfahrung. Die uns vorgelegten Zahlen sind in einer Art und Weise fluide, dass sich nicht vernünftig planen lässt. Beim Jahresabschluss von 2021 hatte sich die Gesamtergebnisrechnung gegenüber dem Plan um 13,4 Mio. verbessert. Für 2022 fiel der Zahlungsmittelüberschuss am Ende und 24,7 Mio. höher aus, als geplant. In diesem Jahr entwickelten sich die Budgetberichte von einer prognostizierten Verschlechterung von 16.7 Mio. im Juni zu einer Verbesserung von knapp 1 Mio. im September zu einer Reduzierung dieser Verbesserung auf nur noch 0,3 Mio. im Oktober. Das heißt, dass innerhalb von vier Monaten 17 Millionen irgendwo herkommen, nur damit innerhalb eines weiteren Monats wieder 0,6 verschwinden. Auch der Haushaltsentwurf wurde inzwischen um die dritte Änderungsliste ergänzt – bis man sich einmal durch diesen 530 Seiten Wälzer durchgearbeitet hat, ist er schon lange nicht mehr aktuell.

Das alles liegt natürlich nicht an Fehlplanungen, sondern an unkalkulierbaren Unsicherheiten – aber wie will man denn so arbeiten? Und auch beim derzeitigen Stand bleibt es eben eine Gleichung mit ein paar Unbekannten zu viel – schauen sie sich nur die Risikobetrachtung in der Sozialpolitik an! An vielen Stellen wissen wir schlicht nicht, was uns erwartet.

Ich weiß, dass ich hier zum falschen Gremium spreche, aber ein anderes habe ich nun mal gerade nicht bei der Hand: Bund und Land müssen es hinkriegen, dass wir auf der kommunalen Ebene mehr Planungssicherheit haben und nicht permanent darauf angewiesen sind, nach bestem Wissen zu raten!

Damit bin ich beim letzten Punkt: Der Zusammenarbeit der unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Liebe alle, das zuvor gesagte unbenommen, sind wir als LINKE ja nicht dafür bekannt, einen besonderen Fetisch aus der schwarzen Null zu machen: Nein, der Staat und seine Untergliederungen müssen investieren, weil die Kosten sonst an die Einzelnen ausgelagert werden. Und wir können unsere Investitionen auch nicht auf die Bereiche verengen, bei denen sich die kurzfristigen Ausgaben durch langfristige Einsparungen amortisieren. Ein Berufsschulzentrum bringt Absolvent*innen hervor, keine Einnahmen. Der Zweck eines Krankenhauses ist die Gesundheit der Patient*innen, nicht die Steigerung von Case-Mix-Punkten. Und der Sinn eines Sozialtickets für Geringverdienende und Bürgergeldbeziehende ist natürlich nicht primär, dass sich die Einnahmen des Einzelhandels in den Städten erhöht. All diese Dinge sind öffentliche Daseinsvorsorge, keine strategischen Geldanlagen – selbst wenn sie garantiert auch finanziell den ein oder anderen positiven Effekt haben.

D.h. wir tätigen unsere Investitionen nicht, um damit Gewinn zu erwirtschaften, sondern weil es eben unseren Aufgaben entspricht. Und das führt uns zum eigentlichen Problem: Es geht viel weniger um zu hohe Ausgaben, als um zu geringe Einnahmen! Beim Krankenhaus ist es ganz offenkundig, dass unsere Kosten so hoch sind, weil das Land hinter seinen Investitions-Aufgaben zurückbleibt. Das Thema wird uns beim Neubau noch zu genüge beschäftigen. Ich möchte aber einmal mehr betonen, dass ich diese „Zurückhaltung“ des Landes gegenüber seinen gesetzlichen Verpflichtungen für nicht hinnehmbar halte!

Aber auch jenseits der Krankenhaus-Finanzierung, bei der ja eine grundlegende Reform – mit ungewissem Ausgang – bevorsteht, sehen wir, wie immer mehr Aufgaben bei den Kreisen und Gemeinden landen, ohne das klar ist, wo das Geld dafür herkommen soll. Das Konnexitivitätsprinzip scheint schon lange nur noch begrenzt zu gelten und auch die Spitzabrechnung ist, wie wir wissen, so spitz nicht. Von den ca. 1.100 baden-württembergischen Kommunen sind lediglich 150 schuldenfrei oder nur marginal verschuldet.¹ Und auch die Schulden der Landkreise sind in diesem Jahr mit + 15.8 % drastisch gestiegen.² Wir befinden uns also sozusagen in guter Gesellschaft – und zu denken, dass wir das Problem alleine durch eine effektiver Steuerung lösen könnten, dürfte illusorisch sein. Nein, eine nachhaltige Lösung dieses Problems wird sich nur über eine grundlegende Reform der Finanzausstattung der kommunalen Ebene erreichen lassen.

Solange sich daran nichts ändert, werden wir tatsächlich nicht groß darüber streiten müssen, wie man Politik vor Ort gestaltet – denn solange wird es immer weniger zu gestalten geben! Obwohl uns also vieles einfällt, wofür man mehr Geld ausgeben müsste – und auch einiges, für das man es sich sparen könnte – stimmen wir dem vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf zu. Nicht mit großem Enthusiasmus, sondern weil alles andere auch keine Lösung wäre. Die großen dort geplanten und teilweise ja auch schon laufenden Investitionen sind schlicht notwendig:

- ⑩ Der Neubau des Berufsschulzentrums ist kein nice-to-have, sondern eine Investition in Bildung – und wer Fachkräfte haben will, muss dafür sorgen, dass es modern ausgestattete, funktionierende Schulen gibt.
- ⑩ Der Masterplan-Bau stellt sicher, dass wir unsere Gesundheitsversorgung weiter betreiben können – denn nichts wäre schlimmer, als das wir auch das Singener Krankenhaus, so wie

¹<https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2023189>

²<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.haushalte-im-suedwesten-baden-wuerttembergs-kommunen-sind-mit-619-euro-pro-kopf-verschuldet.8d6e245a-aa6f-4806-9b35-011483c27617.html>

das Radolfzeller, von jetzt auf gleich schließen müssten, bevor der Neubau fertig ist, nur weil wir über Jahre die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen vernachlässigt haben.

- ⑩ Der Kauf und Neubau von Gemeinschaftsunterkünften ist notwendig, um diejenigen, die sich schuttsuchend an uns wenden, menschenwürdig unterzubringen. Leichtbauhallen sind keine Lösung, sondern ein Provisorium.
- ⑩ Der Bau von Photovoltaikanlagen ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Und wir alle wissen, dass er in Wirklichkeit noch viel größer sein müsste.

Das alles kostet Geld, aber es nicht zu investieren, macht die Folgekosten nur noch größer. Und so gilt auch hier: Ich will nicht, dass nachfolgende Generationen auf uns zurückschauen und sich fragen, wie man all das hat verschlafen können, obwohl die Probleme doch auf dem Tisch lagen. Welche Zukunft stünde uns bevor, wenn wir dem Klimawandel nichts entgegensetzten, die Bildung und die Gesundheitsversorgung vernachlässigten und Integration unmöglich machten, indem wir Asylsuchende wie Menschen dritter Klasse behandelten?

Und was das Sozialticket angeht, bleiben wir eben dran!

Vielen Dank!